

5.7 Steueroasen

Delaware

Steuerparadies Delaware



Steuerparadies Delaware©us government

Um Delaware, den **zweitkleinsten US-Staat mit 849.370 Einwohnern**, zu passieren, braucht ein Schnellzug nur wenige Minuten, schreibt Die Woche weiter. Beim Blick aus dem Fenster erfasst das Auge **monotone Bürotürme und menschenleere Strassen** - kärglich sieht eines der weltweit grössten Steuerparadiese aus. Eingeklemmt zwischen Maryland und New Jersey, bedienen an der wuchtigen Chesapeake Bay an der Ostküste zum Atlantischen Ozean **30.000 lizenzierte Agenten die Reichen der Welt, die Millionen und Milliarden in anonymen Briefkastenfirmen horten. Völlig legal.**

Der Bundesstaat [Delaware](#) hat ein von den übrigen US-Bundesstaaten abweichendes, sehr liberales [Gesellschaftsrecht](#) (*Delaware General Corporation Law*).^[11] Daraus ergeben sich verschiedene Vorteile für den Gründer und Aktionär einer Corporation nach dem Recht des Staates Delaware:

Die Gründung einer US-Corporation nach dem Recht von Delaware ist von jedem Ort der Erde aus schriftlich möglich. Es kann eine [Einmann-Gesellschaft](#) sein oder mit mehreren [Aktionären](#) gegründet werden. Es ist kein Mindestkapital nötig. Im Normalfall werden 1.500 [Aktien](#) ohne [Nennwert](#) gezeichnet, dann beläuft sich das Aktienkapital auf null US-Dollar.

Der Gründer respektive Aktionär kann zugleich Präsident (*President*), Schatzmeister (*Treasurer*) bzw. Sekretär (*Secretary*) in einer Person sein. Die Zweckbestimmung kann sehr breit, aber auch kurz formuliert werden. Sie muss lediglich dem Gesellschaftsrecht von Delaware entsprechen.

Die Bedeutung des liberalen Gesellschaftsrechtes des US-Bundesstaates Delaware ergibt sich daraus, **dass über 850.000 Unternehmen in diesem Staat registriert sind**, darunter auch sehr namhafte und grosse Weltfirmen, wie zum Beispiel [The Coca-Cola Company](#), [General Motors](#), [Google](#), [Walt Disney Company](#), [McDonald's](#) Co. oder [Goldman Sachs](#) Group Inc. Mehr als die Hälfte aller börsennotierten Unternehmen der USA sowie 63 % der [Fortune Global 500](#) haben ihren Rechtssitz in Delaware.^[12] Abgeleitet davon wird eine Ansiedlungsstrategie durch günstige Rechtsformen in Deutschland auch [Delaware-Effekt](#) genannt.

3. 7 Steueroasen

130.000 neue Firmen entstehen jährlich in Delaware, so ein Bericht der Financial Action Task Force der US-Regierung. Viele davon bestehen aus nicht mehr als Name, Konto und Briefkasten. Deren Rechtsform: Limited Liability Company (LLC). Vollkommen unkenntlich dürfen sie eingerichtet werden und gehören meist Personen, die ausserhalb der USA residieren.

Es sind ideale Vehikel, um Geld vor den globalen Steuervögten zu verbergen.

Wie erwähnt kann eine einzige Person bei einer LLC zugleich als Firmenchef, Verwaltungsrat und Aktionär amten.

Solange das Geld ausserhalb der USA erwirtschaftet wird, langt die US-Steuerbehörde bei LLCs von Nichtamerikanern nicht zu. Delaware selbst erhebt keine Steuern.
Zur Firmengründung ist nicht mal ein Trip in die USA notwendig.

Das erledigen die Kundenberater nach einem Auftrag aus der Ferne. Oft kennen sie den eigentlichen Besitzer der Scheinfirma nicht. Die Gründung kann ein Anwalt ausführen. Gegen ein Aufgeld übernehmen die Agenten gar die Unterschriftsberechtigung und leeren den Briefkasten. Im Gegensatz zu Schweizer Banken müssen Agenten in Delaware die Identität des Besitzers oder den Besitzer einer LLC nicht mal prüfen. Aufgesetzt haben sie ein solches Konstrukt in 24 Stunden.

Geschäftliche Dokumente müssen die Firmen in Delaware keine lagern.

Geldwäsche für 780 Dollar

Wer «Delaware» kombiniert mit «Offshore» googelt, findet Tausende von Anbietern, die für Ausländer LLCs basteln. Mit einem «Grad an Anonymität, den viele internationale Plätze nicht bieten», werben sie weltweit Kapital - und konkurrieren mit der Schweiz.

780 Dollar verlangt beispielsweise die Firma Offshore Companies House für den Service. Sie nimmt Gelder «in Euro, britischen Pfund und US-Dollar». Besonders beliebt ist der Zwergstaat bei Mobstern. Das seien Schurken aus Osteuropa, die mittels LLCs in Delaware Schwarzgelder waschen würden, berichtet die Bundespolizei FBI. Jährlich flössen 36 Milliarden Dollar etwa aus ehemaligen Sowjetstaaten an die Chesapeake Bay. Oder aus Südamerika: Weil etwa Brasilianer Geschäfte zunehmend unerkannt in Delaware abwickeln, hat die Regierung in Brasilien den US-Bundesstaat unlängst auf eine Liste der unkooperativen Steuerparadiese gesetzt.

Bis zu fünf Billionen Dollar ausländischer Gelder sind laut Schätzungen in Delaware versteckt. Kapital, das in die US-Wirtschaft fliesst und anderen Ländern entgeht.

Die Heuchelei ist laut Die Woche weit verbreitet. Auch Staaten wie Wyoming und Nevada erlauben anonyme Firmenstrukturen. Nicht ausländische Banken wie die UBS schleusen hauptsächlich Geld von US-Bürgern ins Ausland. Das erledigen heimische Finanzhäuser. Insgesamt 293 Milliarden Dollar verliessen 2003 die USA, so ein im Dezember 2007 veröffentlichter Bericht der Kontrollstelle der US-Regierung. 87,5 Prozent des Kapitals wurden von US-Banken gehalten. Nur gerade 12,5 Prozent flossen über ausländische Banken, die mit der amerikanischen Steuerbehörde ein Qualified Intermediary Agreement (QI) unterhalten. Die QI-Partner handeln als Agenten und sichern eine ordentliche Besteuerung von US-Kunden. Das tun US-Banken nicht.

Eklatanter noch fällt die Diskrepanz aus bei Kapital, das in ausländische Gesellschaften strömt. Nur gerade ein Prozent wird von QI-Banken betreut, jedoch 99 Prozent von US-Finanzhäusern - was die US-Steuerbehörde ausdrücklich bedauert.

3. 7 Steueroasen

QIs liefern prozentual mehr als doppelt so viel Steuern ab als US-Zahlstellen. Demnach tricksen amerikanische Banken weit versierter als QIs.

Sie müssen etwa die Identität der Kunden nicht prüfen. Bei QIs ist die oberste Pflicht.

Verkniffen gesteht Levin die Doppelmoral. «Wir alle müssen daheim anfangen», sagt er. «Wenn unsere Gliedstaaten Dinge tun, die es Behörden erschweren, Gesetze durchzusetzen, müssen wir damit aufräumen». Dass er das tut und gegen einzelne US-Bundesstaaten vorgeht, bezweifelt die einstige US-Botschafterin in der Schweiz, Faith Whittlesey: «Es ist einfacher, ein anderes Land anzugreifen als einen Bürgerkrieg anzuzetteln.»

Kein Finanzplatz ist verschwiegener als Delaware

Die Schweiz bekommt in der Debatte um Steueroasen Schützenhilfe von ungewohnter Seite: Die Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network wird morgen eine Liste der 60 intransparentesten Finanzplätze der Welt publizieren, welche die «NZZ am Sonntag» hier vorab veröffentlicht. Erwartungsgemäss figuriert die Schweiz im Financial-Secrecy-Index auf einem der vordersten Plätze. Sie ist dabei aber in «guter Gesellschaft» mit zwei ihrer schärfsten Kritiker: Der US-Gliedstaat Delaware führt die Rangliste an, London schafft es auf Platz fünf.

Die USA und Grossbritannien sind bisher nicht offiziell im Zusammenhang mit Steueroasen genannt worden – wohl, weil diese Länder in den massgebenden Gremien OECD und G-20 einen grossen Einfluss ausüben.

Das politisch unabhängige Tax Justice Network (TJN) dagegen hat für seinen Index, der von nun an alle zwei Jahre aktualisiert werden soll, 60 Finanzplätze anhand von nachvollziehbaren Kriterien unter die Lupe genommen. Die internationale Organisation, zu deren Gründungsmitgliedern Alliance Sud und die Erklärung von Bern gehören, stösst sich daran, dass Grosskonzerne und vermögende Privatunternehmen ihre Steuerpflicht umgehen, indem sie ihre Gelder in Steueroasen verstecken.

Licht auf London und Delaware

«Der Financial-Secrecy-Index unterscheidet sich deutlich von den Steueroasen-Listen der OECD», sagt Andreas Missbach, Finanzexperte der Erklärung von Bern. «Finanzplätze wie Delaware, Nevada und London blieben bisher von den schwarzen und grauen OECD-Listen ausgeschlossen, weil sie keine souveränen Staaten sind und weil machtpolitische Gründe mitspielten.» Die Schweiz solle den Index denn auch als Aufforderung verstehen, aussenpolitisch in die Offensive zu gehen, so Missbach. «Sie muss sich für multilaterale Initiativen einsetzen, die mehr Transparenz in Steuerfragen und im Weltmarkt für Finanzdienste gewähren – und zwar weltweit.» Das sei das beste Mittel, Wettbewerbsnachteile für den eigenen Finanzplatz zu vermeiden.

Der Grad der Geheimhaltung eines Finanzplatzes (Financial-Secrecy- Index) setzt sich aus zwei Faktoren zusammen, deren Werte für das Endergebnis miteinander multipliziert werden. Basis für den ersten Faktor Intransparenz sind zwölf Kriterien (siehe Kasten rechts, der die wichtigsten davon aufführt).

Der zweite Faktor erfasst die Bedeutung einer Jurisdiktion im grenzüberschreitenden Geschäft für Finanzdienste. Grundlage hierfür bilden Zahlungsbilanz-Daten des Internationalen Währungsfonds (IMF).

3. 7 Steueroasen

Die Kriterien zur Beurteilung, wie intransparent ein Finanzplatz ist, sind breit gefasst. «Es geht beim Streit um die Steueroasen nicht nur um private Steuerhinterziehung. Wesentliche Einnahmen gehen Industrie- und Entwicklungsländern auch durch die Steuervermeidungspraktiken transnationaler Unternehmen verloren», sagt Mark Herkenrath, Verantwortlicher für Steuerfragen bei Alliance Sud. «Damit Unternehmensgewinne angemessen versteuert werden können, arbeitet das TJN seit längerem darauf hin, dass transnationale Konzerne ihre Bilanzen nach Ländern aufschlüsseln.» So würde es schwieriger, über missbräuchliche interne Verrechnungspreise den Grossteil der Gewinne an Briefkastenfirmen in Steueroasen zu überweisen.

Fragwürdige Kriterien

Die Liste und die Berechnungsmethode dürften kontrovers diskutiert werden. Die Messlatte zur Erfüllung einzelner Kriterien, mit denen der Grad an Intransparenz gemessen wird, ist sehr hoch angesetzt – und ohne Feinabstufungen. Ein Beispiel: Nur ein einziger Finanzplatz, nämlich Monaco, erfüllt das Kriterium Nummer fünf: «Sind Details zu den wirtschaftlich Berechtigten einer Firma öffentlich verfügbar?» Länder wie Luxemburg dürften zudem irritiert sein, dass die Grösse des Finanzplatzes das Schlussresultat so stark beeinflusst: Das Grossherzogtum schneidet bei den Transparenzkriterien wesentlich besser ab als die Schweiz, liegt aber – wohl wegen seines gewichtigen Geschäfts mit Anlagefonds – in der Endabrechnung doch einen Platz vor der Schweiz.

Die Rangliste dürfte aber beachtet werden, weil erstmals versucht wird, eine Vielzahl von Finanzplätzen mit gleicher Elle zu messen. Die Kämpfer wider die Steuerhinterziehung sehen ihre Rangliste als Ergänzung zum vielbeachteten Korruptionsindex von Transparency International. Korruption, Steuerflucht und organisiertes Verbrechen würden zu einer Nachfrage nach «illegitimen» Finanzdiensten führen – und Steueroasen stellen das Angebot dazu bereit. Transparency International begrüsst den Financial-Secrecy-Index, findet aber die von TJN verwendeten Methoden nicht differenziert genug, wie eine Vertreterin erklärt.

Wichtigste Kriterien für Intransparenz-Index:

1. Wird auf ein gesetzlich verankertes Bankgeheimnis verzichtet?
2. Gibt es ein öffentliches Register der Trusts und Stiftungen?
3. Bescheinigt die FATF (Gremium zur Bekämpfung der Geldwäscherei) der Jurisdiktion, ihre Empfehlungen zu mindestens 90% zu erfüllen?
4. Sind die Jahresabschlüsse von Firmen für jedermann einsehbar – für eine Gebühr von weniger als 10 \$?
5. Sind Details zu den wirtschaftlichen Berechtigten einer Firma öffentlich verfügbar – zu Kosten von unter 10 \$?
6. Werden Details zu den wirtschaftlichen Berechtigten einer Firma an eine Behörde übermittelt und aktualisiert?
7. Hat der Finanzplatz an der Umfrage des Tax Justice Network teilgenommen?
8. Nimmt er vollständig am automatischen Informationsaustausch teil?
9. Hat der Finanzplatz mindestens 60 bilaterale Abkommen (über Doppelbesteuerung oder Steuerinformation), die einen breiten Informationsaustausch in allen Steuerfragen erlauben?
10. Hat die Behörde Zugang zu Bankdaten für den Informationsaustausch?

<http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/uebersicht/die-top-steueroase-liegt...>

[Reportage aus dem Steuerparadies Wilmington, Delaware. \(Beat Soltermann\)](#)

3. 7 Steueroasen

[Legende: Audio Reportage aus dem Steuerparadies Wilmington, Delaware. \(Beat Soltermann\) abspielen. Laufzeit 7:26 Minuten. 7:26 min, aus \[Echo der Zeit\]\(#\) vom 01.05.2013.](#)

Delaware lässt sich nicht aus der Ruhe bringen

Es sei wie mit den Schweizer Uhren, erklärt er: Man könne auch andere Uhren kaufen, aber die in der Schweiz seien die besten. Und Firmen hätten es eben in Delaware am besten. Ein Wettbewerbsvorteil, den Delaware nicht freiwillig aufgeben will. Zu viel steht auf dem Spiel: Die Gebühren, die der Staat für Firmengründungen erhebt, machen einen Viertel der Gesamteinnahmen aus.

Die Obama-Regierung zeigt kein Interesse, Steuerschlupflöcher in den USA für Ausländer zu stopfen. Die Forderung aus Europa und von der OECD nach mehr Steuertransparenz wird zwar lauter. Doch in Delaware lässt man sich deswegen nicht aus der Ruhe bringen.

Warum der Bundesstaat Delaware die Steueroase der USA ist

Was tun die USA gegen Geldwäsche? Recht wenig, zumindest in Delaware. Die Steueroase zieht mit laxen Regeln viele dunkle Gestalten an.

Bevor die US-Regierung die Panama Papers nutzte, um zum globalen Abdichten von Steuerschlupflöchern aufzurufen, wäre ein Blick ins Archiv hilfreich gewesen. Der ehemalige Bezirksstaatsanwalt von New York, Robert Morgenthau, hatte 2009 vor dem Senat gesagt, es sei „heuchlerisch“, wenn die USA gegen Steuerhinterziehung und Intransparenz zu Felde ziehen. Er nannte schon damals das Beispiel Delaware.

Der nördlich von Washington gelegene Bundesstaat, Heimat von Vizepräsident Joe Biden, bietet bei 900.000 Einwohnern rund 1,2 Millionen Firmenstandorte an. Auf dem Papier. Darunter auch grosse Namen wie Apple, Google oder General Motors.

Delaware lockt mit sogenannter „Franchise Tax“

Sie lockt ein Steuervermeidungsmechanismus an: Unternehmen mit Sitz einer Tochtergesellschaft in Delaware können intern Finanzlasten so verschieben, dass sie substanziell Abgaben sparen. Die Nutzniesser zahlen nur eine sogenannte „Franchise Tax“ an den Bundesstaat. Soweit die legale Form der Steueroptimierung.

Im Umfeld dieser Praktiken kommen aber auch Steuerflüchtlinge und Kriminelle zum Zug. Der russische Waffenhändler Viktor Bout, der eine 25-jährige Haftstrafe in den USA verbüsst, bediente sich Briefkastenfirmen aus Delaware. Im Mittelpunkt steht die Rechtsform der „Limited Liability Company“; etwa: Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Informationen über die wirtschaftlichen Berechtigten hinter juristischen Personen und die Herkunft von Geldflüssen werden nicht abgefragt. Man muss auch keinen Pass vorlegen.

3. 7 Steueroasen

Verschwiegenheit grösser als auf den Caymans

Die Verschwiegenheit, die Kunden hier gewährt wird, ist nach Angaben des „Tax Justice Network“ grösser als in klassischen Steueroasen wie den Cayman Islands. Ohne echte Konsequenzen.

Delaware nimmt durch die Gebühren fast eine Milliarde Dollar im Jahr ein.

Diesen „Industriezweig“ zu strangulieren, ist für den zuständigen Sekretär Richard Geisenberger ausgeschlossen. Und die Zentralregierung hat keine Handhabe.

Florida

[Florida](#) ist als Gründungsstaat sehr liberal. Man kann als [Einmann-Gesellschaft](#) mehrere Positionen innehaben, wie *President*, *Treasurer* oder *Secretary*. Jede natürliche Person über 18 Jahren kann eine Gesellschaft in Florida gründen und jede Position in ihr annehmen.

Für die Gründung bedarf es keiner notariellen Beurkundung, wie in Deutschland üblich. Es ist zudem kein Mindestkapital nötig, die Gesellschaft kann ohne Stammkapital gegründet werden. Die Gesellschafter/Aktionäre werden nicht ins Handelsregister eingetragen und können somit anonym bleiben. Bei der [LLC](#)-Gründung in Florida entfallen zudem die *Florida State Income Tax*, sollte man die LLC als Personengesellschaft klassifizieren lassen. Auch wenn dies nicht geschehen sollte, würde man einen Niedrigsteuersatz von lediglich 5,5 % an den Staat Florida abführen. Hinzu kommen die *Federal Income Tax* für jeden Bundesstaat, die zwischen 15 % und 35 % je nach Gewinn variiert.

Auf der Jagd nach amerikanischen Steuersündern kennen die USA kein Pardon. Doch wenn es um ausländische Steuergelder in den USA geht, sieht das alles etwas anders aus.

Richard Geisenberger sieht das anders. Der stellvertretende Staatssekretär von Delaware verteidigt seinen Bundesstaat. Die Vorwürfe seien manchmal frustrierend: Delaware werde für etwas kritisiert, das in den übrigen 49 US-Bundestaaten ebenfalls gang und gäbe sei. Kein Bundesstaat verlange für die Firmengründung Ausweispapiere. Dieser Aufwand würde das Wirtschaftswachstum bremsen. Es gebe zudem Grenzen, was der Staat wissen müsse.

Auch die Bezeichnung Steueroase treffe auf Delaware nicht zu. Die Steuern des Staates seien zwar attraktiv. Aber das reine Briefkastenfirmen in Delaware keinerlei Steuern bezahlten, sei durch das nationale Steuerrecht vorgegeben. Das gelte überall, nicht nur in Delaware, sagt der Mann mit der Hornbrille.

Diese Aussagen sind in der Tat korrekt. Trotzdem toppt Delaware alle anderen US-Bundestaaten: Das Gesamtpaket aus einem besonders flexiblen Unternehmensrecht, einem wirtschaftsfreundlichen Gericht, tiefen Steuern und einem erfolgreichen Standortmarketing zieht Firmen reihenweise an. Das weiss auch der stellvertretende Staatssekretär Richard Geisenberger.

[Delaware lässt sich nicht aus der Ruhe bringen](#)

Es sei wie mit den Schweizer Uhren, erklärt er: Man könne auch andere Uhren kaufen, aber die in der Schweiz seien die besten. Und Firmen hätten es eben in Delaware am besten. Ein Wettbewerbsvorteil, den Delaware nicht freiwillig aufgeben will. Zu viel steht auf dem Spiel:

3. 7 Steueroasen

Die Gebühren, die der Staat für Firmengründungen erhebt, machen einen Viertel der Gesamteinnahmen aus.

Die Obama-Regierung zeigt kein Interesse, Steuerschlupflöcher in den USA für Ausländer zu stopfen. Die Forderung aus Europa und von der OECD nach mehr Steuertransparenz wird zwar lauter. Doch in Delaware lässt man sich deswegen nicht aus der Ruhe bringen.

Warum der Bundesstaat Delaware die Steueroase der USA ist

Was tun die USA gegen Geldwäsche? Recht wenig, zumindest in Delaware. Die Steueroase zieht mit laxen Regeln viele dunkle Gestalten an.

Bevor die US-Regierung die Panama Papers nutzte, um zum globalen Abdichten von Steuerschlupflöchern aufzurufen, wäre ein Blick ins Archiv hilfreich gewesen. Der ehemalige Bezirksstaatsanwalt von New York, Robert Morgenthau, hatte 2009 vor dem Senat gesagt, es sei „heuchlerisch“, wenn die USA gegen Steuerhinterziehung und Intransparenz zu Felde ziehen. Er nannte schon damals das Beispiel Delaware.

Der nördlich von Washington gelegene Bundesstaat, Heimat von Vizepräsident Joe Biden, bietet bei 900.000 Einwohnern rund 1,2 Millionen Firmenstandorte an. Auf dem Papier. Darunter auch grosse Namen wie Apple, Google oder General Motors.

Delaware lockt mit sogenannter „Franchise Tax“

Sie lockt ein Steuervermeidungsmechanismus an: Unternehmen mit Sitz einer Tochtergesellschaft in Delaware können intern Finanzlasten so verschieben, dass sie substanziell Abgaben sparen. Die Nutzniesser zahlen nur eine sogenannte „Franchise Tax“ an den Bundesstaat. Soweit die legale Form der Steueroptimierung.

Im Umfeld dieser Praktiken kommen aber auch Steuerflüchtlinge und Kriminelle zum Zug. Der russische Waffenhändler Viktor Bout, der eine 25-jährige Haftstrafe in den USA verbüsst, bediente sich Briefkastenfirmen aus Delaware. Im Mittelpunkt steht die Rechtsform der „Limited Liability Company“; etwa: Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Abschluss einer LLC geht in wenigen Minuten über die Bühne. Und Delaware verlangt nur zwei Angaben: den Namen der LLC und den eines registrierten Maklers, der den Kontakt zur

Der Abschluss einer LLC geht in wenigen Minuten über die Bühne. Und Delaware verlangt nur zwei Angaben: den Namen der LLC und den eines registrierten Maklers, der den Kontakt zur Firma gewährleisten muss. Informationen über die wirtschaftlichen Berechtigten hinter juristischen Personen und die Herkunft von Geldflüssen werden nicht abgefragt. Man muss auch keinen Pass vorlegen.

Verschwiegenheit grösser als auf den Caymans

Die Verschwiegenheit, die Kunden hier gewährt wird, ist nach Angaben des „Tax Justice Network“ grösser als in klassischen Steueroasen wie den Cayman Islands. Ohne echte Konsequenzen.

3. 7 Steueroasen

Delaware nimmt durch die Gebühren fast eine Milliarde Dollar im Jahr ein. Diesen „Industriezweig“ zu strangulieren, ist für den zuständigen Sekretär Richard Geisenberger ausgeschlossen. Und die Zentralregierung hat keine Handhabe.

Viele Briefkästen auch in Nevada, South Dakota und Wyoming

Delawares Beispiel hat Schule gemacht. Auch in Nevada und South Dakota gibt es entsprechende Modelle. Ebenso in Wyoming. Auf 584.000 Einwohner kamen dort Ende 2015 rund 130.000 Firmen. In der Regel Briefkastenfirmen.

Während die USA seit 2010 sämtliche Informationen über Konten von Amerikanern im Ausland verlangen, hält die Supermacht umgekehrt damit hinterm Berg. Einem 2014 von 90 Ländern unter dem Dach der OECD vereinbarten Informationsaustausch zur Eindämmung von Geldwäsche haben sich die USA bis heute verweigert.

Wozu das führt, hat gerade der „Miami Herald“ auf Basis der Panama Papers nachgewiesen. Reiche Südamerikaner haben über Briefkastenfirmen im Süden Floridas millionenschwere Immobilienkäufe getätigt und dabei mutmasslich Geld aus dubiosen Quellen gewaschen.

Delaware, Liebling der Weltkonzerne

Eine Behörde wie ein Unternehmen

Geisenberger erklärt seine Standortpolitik und weiss, was er zu bieten hat. Nirgendwo sonst im Land sei die Eintragung ins Handelsregister schneller erledigt als in Delaware. Nirgendwo sonst sei die Politik unternehmerfreundlicher, nirgendwo das Steuersystem moderner. Seine Behörde betreibe er wie ein Unternehmen, betont er. Wer in Los Angeles abends um 20 Uhr einen Immobiliendeal abschliessen und dafür eine Körperschaft eintragen lassen müsse, der habe ein Problem: Die zuständige Behörde sei bereits seit eineinhalb Stunden geschlossen. "Wir in Delaware haben dagegen noch geöffnet." Eine Stunde Bearbeitungszeit, dann seien die Papiere fertig.

Trotz dieser legalen Steuerschlupflöcher profitiert Delaware von dem Modell. Die Einnahmen von Unternehmen machten rund 867 Millionen Dollar im vergangenen Jahr. Das sind fast 26 Prozent der Gesamteinnahmen des Landes. Trotz dieser Abhängigkeit läuft das System – noch. Rating-Agenturen bewerten die Staatsanleihe von Delaware mit AAA, besser als die der USA. So gut geht es dem kleinen Staat, dass seine Bürger keine Mehrwertsteuer zahlen und die Einkommensteuer seit Jahren gesenkt wird.

Und Geisenberger setzt alles daran, um weiter vorne mitzumischen. Nur wenige Tage ist es her, da ist Delaware wieder vorgeprescht. Der Bundesstaat an der Ostküste legte ein Gesetz über die *Benefit Corporations* vor. Das sind gewinnorientierte Unternehmen, die Gutes tun wollen. Bislang war die Gründung dieser speziellen Unternehmensform vor allem für börsennotierte Firmen kaum geregelt. Das hat Delaware jetzt geändert, als einer der ersten Bundesstaaten überhaupt. "Das ist typisch für uns", sagt Geisenberger. "Wir folgen nicht der Masse, wir führen sie."

Unternehmen lieben die Gerichte ohne Geschworene

3. 7 Steueroasen

Tatsächlich hat Delaware seine Infrastruktur für die Firmen perfektioniert. Dazu gehört vor allem das Kanzleigericht, eine Besonderheit im angelsächsischen Recht. Der Court of Chancery, untergebracht in einem klobigen Betonbau auf der King Street, verhandelt ausschliesslich Unternehmensfälle: Streitfälle bei Haftungsfragen oder Übernahmeangeboten. Die Unternehmen lieben ihn, denn es gibt einen wichtigen Unterschied zu Gerichten andernorts: Hier urteilen keine Laien-Jurys, die lieber einmal mehr als nötig nachfragen. Sondern ausschliesslich Berufsrichter. Wenn es eilt, dann tagt das Gericht selbst am Wochenende.

Selbst die grossen Anwaltskanzleien aus New York und Kalifornien haben deshalb eine Niederlassung in Wilmington. Dazu zählt auch Conaway, Stargatt & Tayler, einer der grössten Kanzleien der Stadt. Hier arbeitet Craig Grear, einer von Tausenden Anwälten der Stadt und Partner der Kanzlei. Der 49-Jährige ist spezialisiert auf Unternehmensrecht, wie fast jeder hier. Grear verteidigt vehement das Geschäftsmodell Delawares. "Es ist ein weit verbreitetes Missverständnis, dass Delaware ein Steuerparadies ist", sagt er.

Craig Grear

ist Anwalt für Unternehmensrecht in Wilmington.

Der 49-Jährige erinnert an Steve Carrel aus der US-Serie *The Office*. Er ist ein Mann mit der Ausstrahlung eines Staranwalts, eisblaue Augen, sorgfältig gescheitelte, kurze Haare. Grear zerpfückt den Vorwurf, dass Delaware ein Steuerparadies sei. Schliesslich gebe es ja eine jährliche Konzessionsgebühr, welche Firmen für die Registrierung in Delaware zahlen müssten: Sie sei mit bis zu 160.000 Dollar die höchste in den USA.

Der Jurist will einen anderen Grund ausgemacht haben, warum es Firmen nach Delaware zieht. "In Delaware haben Sie schlicht Planungssicherheit, die sie anderswo nicht bekommen", sagt er. Geschäftswelt, Legislative und Gericht würden hier, in Wilmington, in einer Art symbiotischer Beziehung zusammenarbeiten, erklärt Grear. Was man andernorts vielleicht als Vetternwirtschaft bezeichnen würde, ist für Grear effizientes Arbeiten.

Andere US-Staaten reagieren auf Delaware

Auch Staatssekretär Geisenberger verteidigt dieses Modell. Jeder Staat habe es selbst in der Hand, seine Gesetze zu ändern. Die Gesetze gebe es seit Jahrzehnten. "Es ist nicht so, dass wir die anderen Staaten ständig mit neuen Hakensschlägen ausbooten würden." Tatsächlich hat inzwischen rund die Hälfte der anderen Bundesstaaten auf Delaware reagiert. Einige eifern Geisenberger nach und verzichten auf Einkommens- oder Körperschaftssteuern.

Andere dagegen verabschieden Gesetze, um das Verschieben von Geldern nach Delaware zu verhindern. Dass Letzteres nicht mehr Staaten machen, liegt vor allem am Druck der grossen Unternehmen, die mit Abwanderung drohen.

In Wilmington denkt man nicht daran, dem Druck aus dem In- und Ausland nachzugeben. Geisenberger Haltung ist klar: Kalifornien habe die Filmindustrie, Vermont das Käsemonopol der USA, sagt er. Delaware habe eben das Geschäft mit den Unternehmen. "Dafür haben wir hart gearbeitet, und wir sind sehr stolz darauf."

3. 7 Steueroasen

Richard Geisenberger winkt ab. Zu oft schon hat er diese Vorwürfe gehört. "Die Wahrheit ist: Wir haben uns an die Bedürfnisse der Unternehmen angepasst", sagt er. Der 48-Jährige ist der Chefstrategie Delawares, wenn es um Unternehmenssteuern geht.

... denn ihr lebt nur ein parasitäres System, das die Wertschöpfung anderer ausnutzt. Im Übrigen, wenn es alle so wie ihr machen würden, dann währt ihr Übermorgen bankrott. Schon allein das ist Beweis genug, dass dies nur ein Geschäftsmodell auf Kosten anderer ist.

Für mich ist das kriminell.

Solange die Gesellschaft die Methoden der Firmen gutheisst, kommen Sie den Firmen nicht bei.

Typisch ist z. B. die Methode von Ikea. Ikea gründet eine Tochterfirma, die die Rechte auf die Marke hält in einer Steueroase. Die tatsächlichen Ikea-Filialen müssen dieser Filiale Lizenzgebühren bezahlen. Die Lizenzkosten werden regulär und kaufmännisch höchst korrekt als Ausgabe vor der Steuern abgezogen.

Auf ähnliche Weise werden seit Jahrzehnten die Rohstoffländer in Afrika ausgebeutet. Selbst wenn die dortige Regierung nicht korrupt ist, verkaufen die dort schürfenden Firmen unter Weltmarktpreis an die Muttergesellschaft z. B. in der Schweiz. Die Gewinne sind in Afrika dann minimal, die Steuern und die Teilhabe der dortigen Bevölkerung ebenso. Die Gewinne in der Steueroase sind maximal. Die behumpsten Länder sind machtlos, die Nutzniesser geniessen, schweigen und verkaufen sich als Musterland.

So lange die Allgemeinheit solche Methoden duldet, wird es für Firmen, die sich darum bemühen, immer Wege geben, Steuergesetz/-abkommen und was immer zu umgehen. Das Bemühen müsste begleitet sein, diese Methode anzuprangern und die Methoden der Firmen öffentlich zu machen. Import/Export-Hindernisse für diese Firmen wären auch denkbar. Bei Patent-, Muster- und Marken-Verletzungen ist so etwas Gang und gäbe. Vielleicht. eine Strafsteuer ähnlich den Firmen, die keine Behinderten einstellen.

Möglichkeiten gäbe es, aber die Freihandels-Lobbyisten werden schreien, als ginge es um ihr Leben.

Ich kann es nicht für legal finden, wenn Apple seine Patente angeblich in der Schublade eines Anwalts in Delaware produziert.

Produkte müssen dort besteuert werden, wo sie produziert werden, ansonsten entgehen den Produktionsorten die rechtmässigen Steuern. DAS als modernes Steuer oder Unternehmerrecht zu bezeichnen, geht absolut gegen mein Gerechtigkeitsempfinden. Ja USA soll (wie auch Europa und UK) aufräumen mit diesen "illegalen" Methoden. Es entsteht dadurch ein Schaden an der Gemeinschaft!

Was in diesen Fällen immer auffällt, ist die Unverfrorenheit, mit der so etwas gerechtfertigt wird. Ma nehme einen eloquenten, rhetorisch trainierten, halbwegs gutaussehenden Typen, steck ihn in Anzug und Krawatte, vergesse den hochanständigen Haarschnitt nicht, und fertig ist der Banken-Lobbyist, FDP-Politiker oder Arbeitgeber-, Steuerkanzlei, Pharma-, Agroindustrie oder sonstige System-Vertreter. Und sie kommen durch damit.

Es gibt Unternehmen, die in Delaware ihren Sitz haben, es gibt aber noch viel mehr Unternehmen, die nach dem Gesellschaftsrecht des Staates Delaware formiert sind, und

3. 7 Steueroasen

deshalb dort eingetragen sind. Damit haben sie aber nicht dort ihren 'Sitz'. Die meisten Grossunternehmen sind Delaware-Corporations, auch wenn sie seit ihrer Gründung ihren Sitz woanders haben.

Die Allianz, z.B. ist eine SE (Societe Europeenne) so auch die Porsche Holding SE. Die Allianz hat immer noch ihren Sitz in München, Porsche in Stuttgart. Die Gesellschaft ist nach einem bestimmten Rechtsstatut formiert. So ähnlich ist dies auch mit Delaware.

Frechheit sowas,...

Wow, das darf ja nicht wahr sein, und ich dachte, dass Österreich nach der Schweiz das grösste Steuerparadies für Geldwäscher sei. Ok, immer wenn man denkt, dass es schlimmer nicht mehr geht, immerhin werden bei uns Geldwäscher wie Rakhat Aliyev einfach gehen gelassen, dann wird man eines Besseren belehrt.

Darf der kleine Mann vielleicht auch mitnaschen? Können wir vielleicht dort ein Plätzchen für unsere Löhne und Gehälter einrichten, sodass wir keine Lohnsteuer / Einkommenssteuer zahlen müssen, oder gilt das nur für die Reichen?

Das 250-Milliarden-Dollar-Steuerschlupfloch

2. Februar 2011, 19:02

[Im internationalen Vergleich zählt Liechtenstein noch zu den kleineren Steueroasen](#)

Weltweit buhlen mehr als 70 Steueroasen um das Geld der Reichen. Eine der derzeit bekanntesten ist Liechtenstein. Der Vorteil an dem kleinen Fürstentum ist nicht nur die schnelle und unbürokratische Gründung von Briefkastenunternehmen. Vor allem aufgrund des Stiftungsrechts, das weitgehende Anonymität zusagt, zieht das Land Anleger an.

Stiftungen in Liechtenstein bieten viele Reize. Sie unterliegen einer begünstigten Kapitalsteuer - diese beträgt jährlich mindestens 770 Euro. Zudem gilt eine Befreiung von Gewinnsteuern. Liechtenstein erhebt bei Ausländern keine Abgaben. Aber im Herkunftsland des Stifters oder Begünstigten können sehr wohl Steuern anfallen.

Wobei noch einige Besonderheiten gelten: Ein Stifter kann in Liechtenstein als Vorstand und Begünstigter auftreten, womit sich diese Form der Geldanlage kaum von einem Sparbuch unterscheidet. In diesem Fall sprechen österreichische Steuerbehörden von einer "transparenten" Stiftung, bei der eine Steuerpflicht in Österreich anfällt.

Dabei ist Liechtenstein im globalen Ranking wegen der vergleichsweise geringen Transaktionsmengen eine kleine Steueroase, sagt Markus Meinzer vom Tax Justice Network (TJN). Das TJN führt eine Liste mit den 60 intransparentesten Finanzplätzen. Auf Platz eins liegt der US-Bundesstaat Delaware.

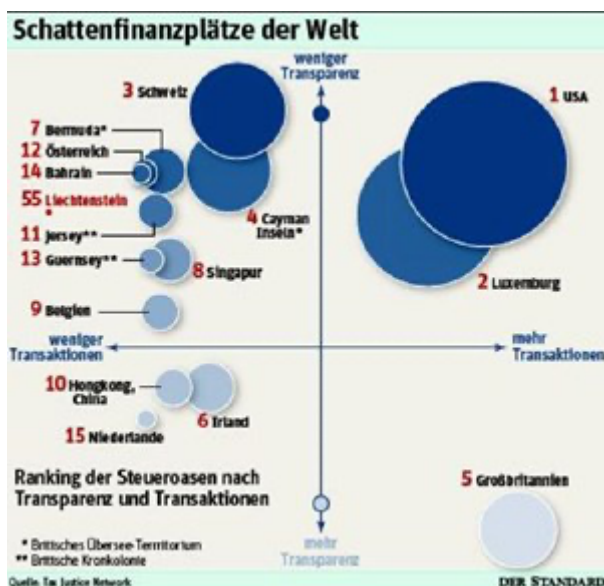
Dort müssen die Eigentümer von Gesellschaften nicht offengelegt werden. Wer in Delaware steuerschonend veranlagen möchte, muss aber berücksichtigen, dass das Gründungsdatum einer Delaware Corporation vor der Inanspruchnahme steuerlicher Vorteile liegen muss. Widrigenfalls unterstellt der Fiskus dem Gründer nämlich Gestaltungsmissbrauch, wie Hans-Lothar Merten in seinem Buch Steueroasen beschreibt.

3. 7 Steueroasen

Vorne mit dabei im Oasen-Ranking ist auch Österreich (Platz zwölf). Das TJN schätzt, dass Staaten im Jahr 250 Milliarden US-Dollar Einnahmen entgehen, weil Geld in Schattenfinanzplätze fließt.

Allerdings wurde zuletzt auch der Kampf gegen Steuerflucht intensiviert. Ein Land muss mit zwölf anderen Staaten ein Abkommen über den Austausch von Steuerinfos unterzeichnen, um von der schwarzen Liste der OECD gestrichen zu werden. Offiziell gelten derzeit nur Brunei, Chile, Costa Rica, Guatemala, Malaysia, Panama, die Philippinen und Uruguay als Steueroasen.

Neu auf dem Steueroasen-Parkett (allerdings auf der weissen Liste der Industriestaaten-Organisation OECD) tanzt Island. Der Inselstaat lockt vor allem Handelsgesellschaften mit Steuervorteilen, denn diese zahlen nur eine Körperschaftssteuer in Höhe von fünf Prozent. Vermögenssteuern und Verwaltungsgebühren müssen nicht bezahlt werden. (Bettina Pfluger, András Szigetvari, DER STANDARD; Print-Ausgabe, 3.2.2011)



grafik: standard

[Feedback derStandard.at auf Facebook](#) [Wirtschaft Newsletter abonnieren](#)

Die Verlogenensten unter diesen Staaten sind doch die USA und England, die entweder direkt (Delaware) oder indirekt (über ihre Kanalinseln und ihre Überseegebiete in der Karibik) von der Steuerhinterziehung profitieren, aber an vorderster Front die Empörten spielen, wenn es gegen die Schweiz, Singapur oder Lichtenstein geht.

Gründe der Steuerhinterziehung

Es gibt bekanntlich zwei Gründe zum Steuerhinterziehen: erstens: zu hohe Steuern. Irgendwo ist eine Schmerzgrenze, um was darüber hinausgeht, motiviert zu "steuerschonenden" Massnahmen der Bürger.

Zweitens: der Staat ist korrupt. Zu viele Steuer-zahlende sind der Meinung, dass der Staat mit dem Steuergeld nicht "im Sinne der Bürger" umgeht. und das motiviert auch Menschen zur Steuerhinterziehung.

3. 7 Steueroasen

und meines Gefühls nach gilt für Österreich beides; es sollte nicht wundern, wenn Steuerhinterziehung in kleinen (Schwarzarbeit) und Steuerhinterziehung im Grossen wie im Artikel hier eine aussergewöhnlich hohe Bereitschaft vorfindet.

Der lange Kampf gegen Steuerschlupflöcher

Es klingt gut, wenn 60 Staaten nun ein Abkommen unterzeichnen, mit dem sie vereint gegen aggressive Steuersparer vorgehen wollen. Doch die Freude über diese Kooperation zum Wohle der Gesellschaft ist getrübt.

Von Cerstin Gammelin

Seit Donald Trump mit seiner *America-First*-Politik die Welt deutlich nationalistischer gemacht hat, werden schon kleine gemeinsame Schritte mehrerer Staaten als beachtlicher internationaler Erfolg gefeiert. In diesem Sinne kann die Tatsache, dass an diesem Mittwoch mehr als 60 Staaten ein Abkommen unterzeichnet haben, mit dem sie grenzüberschreitende Steuerhinterziehung erschweren, als geradezu herausragender Beweis dafür gewertet werden, dass die internationale Staatengemeinschaft trotz Trump-Doktrin weiter handlungsfähig ist. Sie lebt noch, die internationale Kooperation. Grund zum Jubeln besteht trotzdem nicht, im Gegenteil.

Denn die Bereitschaft von Regierungen, internationale Regeln zur fairen Besteuerung von Konzernen und Personen zu vereinbaren, schwindet zusehends. Vor Jahresfrist waren es um die einhundert Staaten, die zusammen gegen aggressive Steuervermeidung vorangehen wollten.

Sie vereinbarten 15 gemeinsame Aktionen, zusammengefasst in der sogenannten Beps-Initiative gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung, getragen von der Organisation der Industriestaaten OECD und der G20-Staatengruppe. Inzwischen ist die Zahl der Willigen um ein Drittel geschrumpft. Der völkerrechtliche Vertrag gegen aggressive Steuergestaltung über Doppelbesteuerungsabkommen, der auf der Aktionsliste ganz hinten steht, mit der Nummer 15, hat nur knapp über sechzig Unterschriften. Besonders bedauerlich ist, dass die der USA nicht darunter ist. Auch die Europäische Union ist nicht komplett vertreten. Ebenso wenig das Steuerparadies Panama.

100 Staaten wollten aggressive Steuersparmodelle bekämpfen. Ein Drittel knickte ein

Wenn wichtige Akteure fehlen, stellt sich natürlich die Frage, ob die Vereinbarung überhaupt das Papier wert ist, auf dem sie steht. Und es erscheint naheliegend, die Schuld für die Abwesenheit der Vereinigten Staaten dem üblichen Verdächtigen anzulasten, also US-Präsident Trump. Das allerdings greift zu kurz.

Sicher, Trump hält nicht viel von internationalen Abkommen oder länderübergreifender Kooperation. Der Präsident regiert die Vereinigten Staaten wie ein Familienunternehmen, wo er in bilateralen Deals stets Sieger sein will. Warum sollte er also ein internationales Abkommen gegen Steuerhinterziehung unterschreiben, wenn seinem Land dadurch Einnahmen entgehen?

Trump wird sich dem Sog des Steuergeldes, das von den USA angezogen wird, nicht entgegenstellen - genauso wenig wie es sein Amtsvorgänger getan hat. Auch Barack Obama war niemals ein Vorkämpfer gegen Steuersparmodelle.

3. 7 Steueroasen

Im Gegenteil. Obama willigte erst nach langem Zögern ein, die Beps-Initiative zu unterschreiben. Dabei stimmte der frühere Präsident nur dem absoluten Minimum an gemeinsamen Massnahmen zu, etwa abgestimmten Streitschlichtungsverfahren. Unangetastet liess er die nationalen Steueroasen. Amerikaner, die Steuersparmodelle suchen, müssen nicht ins Ausland schauen. Es reicht, wenn sie nach Delaware, Nevada oder auch Süd-Dakota fahren.

Erst in ein paar Jahren wird sich zeigen, ob das Abkommen mit der Listennummer 15 helfen kann, das Steueraufkommen weltweit gerechter zu verteilen, obwohl die USA, die EU teilweise oder Steuerparadiese wie Panama fehlen. Die Erwartungen sind eher niedrig. Die Bundesregierung beschränkt sich auf den Verweis, dass das Abkommen vor allem helfen soll, den jetzigen Zustand zu erhalten. Das heisst, es soll verhindern, dass Unternehmen wie Privatpersonen noch mehr Steuern als bisher hinterziehen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Lust der internationalen Staatengemeinschaft, konsequent gegen aggressive Steuersparmodelle vorzugehen, nicht weiter abnimmt. Dazu braucht es mindestens zweierlei: den nicht nachlassenden Druck aus der Bevölkerung und alternative Geschäftsmodelle für kleinere Staaten, die bisher vom Ruf als Steuerparadies leben.

Schützenhilfe von Experten: Informationsschutz als Wettbewerbsfaktor

Daten sind im Zeitalter des Internet of Things (IoT) allgegenwärtig. Die täglich anfallenden und verarbeiteten Datenvolumina sind dabei für die meisten Menschen kaum vorstellbar.

Auf die USA als Partner sollten sich die willigen Staaten dagegen nicht verlassen.

Es ist unwahrscheinlich, dass das Land plötzlich zu einer Wende in Sachen Steuertransparenz bereit sein wird. Das zeigt schon ein Blick auf das Steuergesetz Fatca oder den automatischen Informationsaustausch. Die US-Steuerbehörde fordert zwar Informationen über Bank- oder Anlagekonten aus anderen Ländern an, liefert aber selbst keine Daten. Und solange die USA dem Abkommen der OECD zum Informationsaustausch nicht beitreten, muss auch kein US-Finanzinstitut irgendwelche Informationen zu Kunden ohne US-Bezug herausgeben. Dass ausgerechnet Trump dies ändert, ist nicht zu erwarten.

Delaware - damit das Schwarzgeld in die USA fliesst

Alle müssen auf Druck der USA Steueroasen aufgeben, nur die USA selbst nicht. Dabei sammelt die Steueroase Delaware unbehelligt Schwarzgeld aus aller Welt ein.



US-Präsident Barack Obama will Steueroasen bekämpfen, aber nur ausserhalb der USA

Im August 2009 zwang die amerikanische Steuerbehörde IRS den grössten Vermögensverwalter der Welt, die Schweizer Grossbank UBS, die allein von US-Kunden 20 Milliarden Dollar verwaltet und dafür ein Prozent, also 200 Millionen Dollar, im Jahr kassiert, in Basel dazu, das Schweizer Bankgeheimnis wegen Beihilfeverdachts zur Steuerhinterziehung (gefälschte Dokumente, Scheinkonstruktionen) aufzugeben. Die UBS verglich sich vor Gericht mit der IRS und händigte 4.450 Kundendaten von insgesamt 52.000 US-Kunden aus.

3. 7 Steueroasen

Als nächstes hat es US-Präsident Barack Obama (Demokratische Partei) persönlich auf die britischen Cayman Islands in der Karibik südlich von Kuba abgesehen. Die Cayman Islands sind mit 1,8 Billionen Dollar Vermögenswerten von 93.000 steuerbefreiten Firmen, dessen Geld über die 289 ansässigen Banken gebucht werden, der fünftgrösste Finanzplatz der Welt. Allein das fünfstöckige Uglan House in der South Church Street 35 am Hafen der Hauptstadt George Town beherbergt 18.000 Firmen.

Zumindest ihre Schilder. 9.906 Hedgefonds, das sind drei Viertel aller Hedgefonds, sind laut örtlicher Finanzaufsicht "Cayman Islands Monetary Authority" registriert.

Die Cayman Islands unterscheiden sich von allen anderen Steueroasen wie die Bermudas, die Bahamas, die British Virgin Islands oder die Kanalinseln Guernsey und Jersey dadurch, dass die Cayman Islands keine direkten Steuern erhebt. Auf den Inseln wird ausser Rumkuchen nichts selbst hergestellt. Man zahlt lediglich zwischen 500 und 2.500 Dollar für Pässe, Arbeitserlaubnisse, Stempelgebühren für Land- und Häuserkäufe. Die Caymans erheben weder Steuern auf das Vermögen noch auf die Gewinne noch auf den Kauf und Verkauf. Es gibt keine Einkommensteuer. Keine Lohnsteuer. Keine Mehrwertsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer.

Als US-Präsident Obama vor ein paar Monaten in seiner Rede zum US-Budget 2010 versprach, er werde 300 Milliarden Dollar jährlich sparen, indem er Steuerschlupflöcher schliesse, nahm er das Uglan House als Beispiel. Obama: "18.000 Unternehmen in einem Haus - entweder ist es das grösste Gebäude der Welt oder der grösste Steuerbetrug." Tausende Töchter von US-Unternehmen gleiten als Leuchtschrift über einen kleinen grünlichen Bildschirm an der Eingangstür. Dazu gehören Coca-Cola, Procter & Gamble, General Motors, Intel, FedEx oder Sprint.

Die US-Firmen nutzen nicht nur die absolute Steuerfreiheit der Cayman Islands. Sie nutzen auch ein legales Steuerschlupfloch der USA: den US-Steuer-Code. Der besagt: Solange die Gewinne aus dem Ausland nicht wieder zurück in die Vereinigten Staaten fliessen, sind keine Steuern fällig. Die Firmen investieren ihr Geld woanders und ersparen sich die Besteuerung von passivem Einkommen in den USA. Jährlich verliere die US-Regierung 100 Milliarden Dollar, weil 83 der 100 grössten amerikanischen Unternehmen ihre Gewinne ausserhalb der USA zu günstigeren Konditionen versteuern.

Beispiel Coca-Cola

Nach veröffentlichten Bilanzberichten brauchte Coca-Cola im Jahre 2003 mit Hilfe ausländischer Töchter 500 Millionen US-Steuern nicht zu zahlen. Die Coca-Cola-Tochter in Cayman Islands kontrolliert die Sirup-Herstellung von Filialen in Irland. Die Tochter zahlt in Irland 12,5 Prozent Körperschaftsteuer und damit weit weniger als in den USA, wo die Körperschaftsteuer 35 Prozent beträgt. Als "grössten Steuerbeschiss aller Zeiten" bezeichnete dies Obama und versprach, trotz Gegenwehr von Tausenden Lobbyisten dagegen vorzugehen.

Noch einmal will Obama Anlauf für ein neues Gesetz nehmen, das Stop Tax Haven Abuse Act, mit dem er noch am 17. Februar 2007 unter George Bush gescheitert war. Das Gesetz zielt weltweit auf Bankgeheimnisse. "Offshore-Geheimhaltung" soll bewusst "bekämpft werden". Der Entwurf sieht die Rechenschaftspflicht von Banken über Namen geheimnisvollen Trusts sowie die Aufhebung von "unangemessenen Beschränkungen für benötigte Informationen der US-Steuerbehörden" vor.

3. 7 Steueroasen

Banken, die sich nicht fügen, würden von der Kotierung an amerikanischen Börsen ausgeschlossen. Auch US-Pensionskassen könnte es untersagt werden, bei widerborstigen Konzernen anzulegen. Zum Gesetz gehört eine Liste von 34 Steueroasen für steuerflüchtige Amerikaner und Firmen, darunter die Schweiz und die Cayman Islands.

Die Schweizer fordern die USA auf, sich an die eigene Nase zu fassen.

"Jegliche Steuerhinterziehung, die in der Schweiz vermeintlich passiert, ist unbedeutend im Vergleich zu den Milliarden, die US-Bürger und der Rest der Welt über Scheinfirmen in Delaware abwickeln", gibt Sprecher James Nason von der Schweizer Bankiervereinigung den Ball an die amerikanischen Steuereintreiber zurück.

Die Cayman Islands reagierten mit einem offenen Brief an US-Präsident Obama: "Wir sind jedoch äusserst besorgt über Ihre Anmerkungen zu den betreffenden Cayman Islands. Steuerbetrug wird zu Unrecht unterstellt, nur weil die Tochtergesellschaften von US-Unternehmen in Cayman unterhalten werden. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Insbesondere seit 2005 verfügen die Cayman Islands über eine volle Steuer-Informationsaustausch-Vereinbarung im Rahmen der EU-Zinsbesteuerung (EUSD) mit allen 27 europäischen Ländern. Im Jahr 1990 unterzeichnete Cayman ein vollständig transparentes, alle Verbrechen betreffendes Rechtshilfeabkommen mit den USA und im Jahr 2001 ein umfassendes US-Steuer-Information-Austausch-Abkommen. Wir sind aktiv, um zusätzliche Informations-Tausch-Vereinbarungen mit weiteren Ländern zu treffen."

Scharfen Gegenwind erfährt Obama aus einer Ecke, die eigentlich mit ihm im Kampf gegen Schwarzgeld verbündet sein müsste: Die Steuerrechtsgruppe Tax Justice Network (TJN) aus Grossbritannien, die Steueroasen die Schuld an der Armut in der Welt gibt, veröffentlichte jetzt, dass die USA selbst die grösste Steueroase der Welt sind. TJN-Direktorin Sarah Lewis kritisierte, dass die USA die Schweizer Bank USB an den Pranger stellten, aber amerikanische Banken in den USA die ausländischen Kunden überhaupt nicht anders behandeln würden.

2,6 Billionen Dollar von Ausländern schwarz in den USA

Die Tax Justice Network fand in einer Studie heraus: 2,6 Billionen Dollar haben Ausländer in den USA angelegt, um Steuern zu sparen. Besonders beliebt ist Delaware. Einer der kleinsten amerikanischen Bundesstaaten Delaware führe die Hitliste der beliebtesten Steueroasen an, schreibt TJN. Delaware an der amerikanischen Ostküste schneidet bei einem Vergleich von Gesetzen, Rechtsprechung und Einlagenzufluss in 60 Gerichtsbarkeiten als grösstes Steuerparadies ab - gefolgt von Luxemburg, der Schweiz, den Cayman-Inseln und Grossbritannien.

Der Finanznachrichtendienst GoMoPa.net dokumentiert, wie das Steuerparadies Delaware für deutsche, aber auch amerikanische Unternehmen funktioniert: über Delaware Investment & Holdinggesellschaften.

Krieg der Steuerfluchthelfer

Zwischen der Schweiz und den USA ist ein öffentlicher Streit darüber entbrannt, wer der grössere Steuerfluchthelfer amerikanischer Milliardäre sei, berichtet Die Weltwoche in Zürich.

3. 7 Steueroasen

Die Gewinne der Schweizer Banken seien Sündengeld (ill-gotten gains), wettete letzte Woche der Chef des amerikanischen Untersuchungsausschusses Permanent Sub Committee on Investigations (PSI), der demokratische US-Senator Carl Levin. Das vorerst noch dichte Schweizer Bankgeheimnis verunglimpfte Levin als «Cashcow der Schweiz» und sprach an die Schweiz eine wüste Drohung aus: «Ihr wart bis hierhin die Gewinner, jetzt unternehmen wir alles, um euch dieses Sündengeld abzuknöpfen.»

"Steueroasen sind eine Form der Kriegsführung gegen die USA. Der ehrliche, hart arbeitende Amerikaner ist der Verlierer", hatte Levin bereits letzten Sommer in seinen Bericht zu den Steuertricks der Banken geschrieben. Jetzt will Levin die Schweiz endgültig trockenlegen.

Dreist finden das die Schweizer Eidgenossen. Sie werfen dem US-Senator Heuchelei vor. Denn die grösste Steuerhinterziehung finde bei ihm zu Hause in der Provinz statt.

Levin bellt den falschen Baum an, meint die Schweizer Bankiervereinigung. «Jegliche Steuerhinterziehung, die in der Schweiz vermeintlich passiert, ist unbedeutend im Vergleich zu den Milliarden, die US-Bürger und der Rest der Welt über Scheinfirmen in Delaware abwickeln», gibt Sprecher James Nason den Ball an den amerikanischen Steuereintreiber Carl Levin zurück.

Weil die Cayman Islands und die Bahamas in finanziellen Schwierigkeiten stecken, erwägen sie, die Steuern und Abgaben zu erhöhen.

Mehr als 500 Millionen Dollar gross war das Defizit, das die Bahamas im Haushalt 2011/12 verzeichnen mussten. Man müsse deshalb die Steuerpolitik überdenken, um die Einnahmen zu steigern, verkündete der Ministerpräsident Perry Gladstone Christie im Haushaltsentwurf für 2013. Dies berichtet der Nachrichtendienst Bloomberg (Artikel online nicht verfügbar). Namentlich werde die Regierung bald über eine Steuerreform debattieren, die erstmals auch eine Einkommenssteuer für Ausländer und eine Mehrwertsteuer umfassen könnte.

Die Bahamas sind laut dem Bericht nicht die einzige Steueroase in der Karibik, die mit finanziellen Problemen zu kämpfen hat. Weil die Defizite sich immer mehr ausweiten und die Schuldenberge anwachsen, erwägen offenbar mehrere Regierungen, ihre Steuerpolitik zu ändern.

«Sie stecken in der Zwickmühle»

Auch die Cayman Islands fuhren im ersten Quartal 2012 ein Haushaltsdefizit ein. Die Regierung erwäge deshalb, für Hedgefonds die Abgaben für Registrierung und Arbeitserlaubnisse zu erhöhen. Pläne für eine Besteuerung der Einkommen ausländischer Arbeitnehmer musste Ministerpräsident McKeeva Bush nach Protesten fallen lassen. Das Finanzministerium von Antigua und Barbuda erklärte, es sei «höchste Zeit», die Steuerhinterziehung von Selbstständigen zu verfolgen.

Das Problem an der Strategie: Erhöhen die Karibikstaaten Steuern und Abgaben für Ausländer, werden sie für diese als Standort weniger attraktiv. «Sie stecken in der Zwickmühle», sagt ein Analyst der Investmentbank Oppenheimer & Co. gegenüber Bloomberg.

3. 7 Steueroasen

Doch viele [Steuerparadiese](#) haben gar keine andere Wahl: Laut einer Studie von Standard & Poor's ist ihre Sparquote im Vergleich zu anderen Schwellenländern tiefer, während die Abhängigkeit von externer Finanzierung nach der Finanzkrise 2008 noch gestiegen ist. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für die Karibik aktuell mit einem Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent im Jahr 2012, nachdem ursprünglich noch eine Zunahme von 3,2 Prozent prognostiziert worden war. Letztes Jahr war das Wachstum auf 0,1 Prozent gefallen.

Mit Widerstand gegen die geplanten Anpassungen in der Steuerpolitik muss gerechnet werden. Wegen der Debatte in der Karibik und der strengeren Vorschriften in den USA hätten sich bereits mehrere Hedgefonds über einen Umzug erkundigt, berichtet Bloomberg.

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/In-den...>

Der Weise gewinnt mehr Vorteile durch seine Feinde als der Dummkopf durch seine Freunde.
Benjamin Franklin

[Top](#) CASH - Die Top-Steueroase liegt in den USA, Kein Finanzplatz ist verschwiegener als Delaware

USA pflegen die grösste Steueroase

In Delaware geniessen Firmen seit mehr als 100 Jahren Steuerprivilegien.

Doch Kritik an der Steuerflucht in den USA und die Finanzmarktreform bedrohen den Sonderstatus des amerikanischen Kantons Zug.

Delaware ist eine der ältesten noch intakten Steueroasen der Welt.

Nirgendwo sonst können Unternehmen ihre Steuern besser minimieren als hier; nirgends ist es einfacher, mit einer Briefkastenfirma oder Stiftung Geld vor dem Fiskus zu verstecken.

In einem Flachbau an der North Orange Street in Wilmington verstecken sich fast 300'000 Unternehmen. Darunter finden sich Weltkonzerne wie Apple, Google, Coca-Cola, Wal-Mart und Berkshire Hathaway von Warren Buffett.

Kein einziger Angestellter arbeitet hier in der Finanzmetropole von Delaware. Die Adresse und die CT Corporation sind das Einzige, was die Firmen mit Delaware verbindet.

Zwei Drittel der 500 grössten US-Konzerne

Die CT Corporation ist ihre Steuerdrehzscheibe: Die Firma wickelt deren Zahlungen ab, erhält den Kontakt mit Hunderten von spezialisierten Anwälten und Treuhändern aufrecht und erscheint vor dem Spezialgericht des Chancery Court. Sie vertritt jede dritte in Delaware eingetragene Firma und zwei Drittel der 500 grössten US-Konzerne.

Die CT Corporation ist eine Tochtergesellschaft des holländischen Konzerns Wolters Kluwer. Die Niederlande sind nach Delaware die zweitgrösste Steueroase für die global tätigen Bergbau- und Erdölfirmen. Dies geht aus einem Bericht von «Publish what You Pay» hervor, einer auf die Überwachung der Bergbauindustrie spezialisierten Gruppe.

3. 7 Steueroasen

Die zehn grössten Minenkonzerne, darunter auch Glencore, unterhalten 915 Niederlassungen in Delaware, um von den äusserst günstigen Bedingungen zu profitieren.

An zweiter Stelle folgen die Niederlande mit 358 Niederlassungen.

Die Schweiz steht mit 51 Ablegern deutlich weiter unten auf der Rangliste der Rohstoffkonzerne.

Zug übernahm Delawares Modell

Es war Delaware, das den Status einer speziellen Steueroase für Firmen erfunden hat, wie der britische Experte Ronen Palan beschreibt. Nachdem New Jersey in den 1880er-Jahren erste Versuche mit Steuernachlässen für Firmen gemacht hatte, erfand Delaware ab 1889 eine Reihe spezieller Unternehmens- und Stiftungsformen, die darauf abzielten, Firmen mit sehr tiefen Steuersätzen anzuziehen, ohne dass sie im Staat ansässig oder tätig sein mussten. 20 Jahre später übernahm der Kanton Zug das Modell und setzte sich – gleich wie Delaware – an die Spitze des innerstaatlichen Steuerwettbewerbs.

Delaware wurde zwar in der Folge von Staaten wie Nevada oder Florida bedrängt, blieb aber unerreicht. Heute finden sich hier mehr Briefkastenfirmen als Menschen. Rund 950'000 Firmen sind es, dreimal mehr als vor zehn Jahren. Besonders attraktiv ist die Verschiebung von Patent- und Lizenzeinnahmen sowie Abgaben auf Schürfrechten nach Delaware, wo sie nicht besteuert werden. Auf diese Weise sparten die Bergbaukonzerne in den letzten sechs Jahren 10 Milliarden Dollar.

Einbussen bei anderen Staaten

Dies zum Schaden von Staaten wie Ohio und Pennsylvania, wo Erdgas- und Erdöl mittels der Fracking-Technik gefördert werden. Dafür müssten die Abbaufirmen an sich Schürfrechte zahlen, doch tatsächlich verschwinden diese Abgaben im Steuerschlupfloch Delaware. Im Fall von Pennsylvania dürften es pro Jahr gegen 500 Millionen Dollar sein. Ein Gesetz, das diese Steuerflucht unterbinden will, ist im Kongress in Pennsylvania hängig, doch wehrt sich die Branche mit allen Mitteln dagegen.

Bisher mit Erfolg: Würde nämlich das «Delaware-Loophole» gestopft, so verlören auch andere Firmen als die Erdgaskonzerne ihre Privilegien, wovon auch etablierte Unternehmen in Pennsylvania betroffen wären. Doch hat Grossbritannien inzwischen am Beispiel von US-Konzernen wie Starbucks und Google vorgemacht, wie solche Hintertüren zu schliessen sind.

Eine hartnäckige Steueroase

«Delaware ist eine besonders harte Knacknuss», sagt Jack Blum, Chef des Justice Network USA und ein früherer Ermittler in Betrugs- und Steuerstrafsachen. «Die Geheimniskrämerei ist ein massives Problem.» Die Aussicht allerdings, die eingespielten Teams von Anwälten, Bankern, Treuhändern und Richtern zu knacken, scheint gering.

Delaware kennt eine Besonderheit, die den Steuerpakt politisch und gesellschaftlich ausserordentlich stark zusammenhält. Die weitverzweigte Unternehmerfamilie der du Ponts bildet das Rückgrat. Der aus einer Schiesspulverfabrik entstandene Chemiekonzern rief 1903 den Wilmington Trust ins Leben, die erste grosse Familienstiftung des Landes.

3. 7 Steueroasen

Sie diente dazu, die Einkommen aus dem Unternehmen DuPont (Familie und Unternehmen werden unterschiedlich geschrieben) vor dem Fiskus abzuschirmen und den heute über 2000 Nachkommen zu erhalten.

Aus dem Wilmington Trust wuchs eine eigentliche Stiftungsindustrie mit Dutzenden von Trust Banks, ähnlich den Liechtensteiner Banken. Sie verwalten heute weit über 1000 Milliarden Dollar. Kein Wunder, sprechen die Vermögensverwalter in Wilmington von einer einzigartigen Offshore-Steuerinsel innerhalb der USA, deren Status selbst jenen der echten Offshoreplätze wie den Cayman-Inseln übertrifft.

Gerichtssystem schützt Steuerregime

Gegen Angriffe von aussen wird die Steuerburg durch ein besonderes Gerichtssystem geschützt, das auf altenglisches Recht zurückgeht und seit 1792 Bestand hat. Der sogenannte Chancery Court (Kanzleigericht) entscheidet die Fälle nach dem Prinzip des Ermessens. Recht ist demnach nicht nur, was das Gesetz vorschreibt, sondern was die Richter als billig und fair betrachten. Gerade in Steuersachen können Unternehmen mit grosser Nachsicht rechnen.

Das missfällt der Börsenaufsicht SEC. Sie ist daran, Ausführungsvorschriften zur grossen Finanzmarktreform von 2010 in Kraft zu setzen. Dabei wird die Offenlegungspflicht aller in den USA kotierten Firmen grossgeschrieben, womit es mit der Geheimniskrämerei in Delaware vorbei sein dürfte. Kampflös allerdings wird der Staat seine Privilegien nicht preisgeben, meint Historiker Palan: «In Delaware wurde eine der ersten Steueroasen errichtet, doch deutet ironischerweise alles darauf hin, dass sie zu den letzten gehören wird, die aufgehoben werden müssen.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/USA-pflegen-die-groess...>

Im Kampf gegen die Steuerflucht misst die OECD mit zwei Ellen

>Die Schweiz wird hart angefasst, mit anderen Staaten geht die Organisation pfleglich um.



3. 7 Steueroasen

Die Schweiz ist nicht dort, wo sie sein sollte», sagte Pascal Saint-Amans, oberster Kämpfer gegen die Steuerflucht der [OECD](#), letzte Woche im Interview mit dem TA. Er begründete dies damit, dass die Schweiz drei der Anforderungen für die Amtshilfe nach OECD-Standard noch nicht erfülle. Aus diesem Grund wurde die Schweiz bisher nicht zur Phase zwei der OECD-Überprüfung zugelassen.

Doch im Kampf gegen die weltweite Steuerflucht wird mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Zu diesem Schluss kam das Tax Justice Network in einem im März letzten Jahres veröffentlichten Bericht. Dieser anerkennt den Einsatz der OECD für mehr Steuergerechtigkeit, übt aber Kritik an der konkreten Vorgehensweise. Das Tax Justice Network ist eine unabhängige Organisation für Transparenz und Steuergerechtigkeit mit Sitz in Brüssel, die vom Schweizer Bruno Gurtner präsiert wird. Die Erklärung von Bern gehört zu den Gründungsmitgliedern, mit dabei sind aus der Schweiz auch der Hilfswerkdachverband Alliance Sud, Caritas, Fastenopfer, Brot für alle und die Globalisierungskritiker von Attac.

Ungleiche Prüfung

Das Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch in Steuersachen, das von der OECD mit dem Kampf gegen die Steuerflucht beauftragt ist, zählt derzeit über 100 Mitgliedsstaaten. Die OECD selber hat lediglich 34 Mitglieder, darunter befindet sich auch die Schweiz. Das Global Forum unterteilt die Überprüfung der Staaten in zwei Phasen: In der ersten wird geprüft, ob die Gesetze dem OECD-Standard zur Amtshilfe entsprechen, in der zweiten, wie die einschlägigen Gesetze in die Praxis umgesetzt werden.

Während die meisten Staaten zuerst Phase eins durchlaufen müssen, wurde bisher 22 von 50 Staaten eine kombinierte Prüfung ermöglicht: Phase eins und Phase zwei wurde jeweils zusammengelegt. «Das ist letztlich nicht zu begründen», sagt Markus Meinzer, Analyst des Tax Justice Network.

Auge zu bei G-20-Staaten

Interessanterweise, schreibt Meinzer in seinem Bericht, sind 18 der 22 Staaten, welche zur vereinfachten Prüfung zugelassen sind, Mitglieder der OECD. 14 gehören zu den G-20, den mächtigsten Staaten der Welt. Fünf Staaten sind im Schattenfinanzindex 2011 des Tax Justice Network unter den Top 20; der Index bewertet die Finanzzentren der Welt nach dem Grad ihrer Geheimhaltung und ihrem Anteil am Weltmarkt für Finanzdienstleistungen. Angeführt wurde der Index damals allerdings noch von der Schweiz. Das dürfte nach den diversen Zugeständnissen der letzten Zeit heute nicht mehr der Fall sein, aber das TJN hat den Index noch nicht aktualisiert.

Meinzer kritisiert die Zusammenlegung der zwei Phasen im Bericht massiv: «Damit verzichtet das Global Forum auf die Möglichkeit, politischen Druck auf diese Länder auszuüben, damit sie ihre Gesetzgebung anpassen. Viele dieser Länder genügen dem OECD-Standard nicht. Im Bericht zu den USA stellt das Global Forum zum Beispiel fest, dass bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung keine Angaben zu den Besitzern gemacht werden, bewertet dies aber als kleineres Problem.» Anders im Fall der Schweiz, wo der Abschluss der ersten Phase dazu benutzt wird, den Druck auf das Land aufrechtzuerhalten.

Auch bei den Inhaberaktien wird aus Meinzers Sicht mit zwei Ellen gemessen: «Bei der Schweiz ist das einer der angekreideten Punkte, dabei gibt es die in Grossbritannien genauso.

3. 7 Steueroasen

Da fragt man sich natürlich, warum ist Grossbritannien gleich zur Phase zwei zugelassen, wenn das Problem dort auch existiert.» Eine weitere Schwäche sei, dass sich der OECD-Standard auf die Forderung beschränke, dass die rechtlichen Eigentümer von Vermögensteilen bekannt sind. «Oft verstecken sich die wahren Nutzniesser, die wirtschaftlich Berechtigten, aber hinter den rechtlichen Eigentümern.»

Keine Reaktion auf Kritik

Und schliesslich kritisiert das TJN auch, dass das Global Forum nicht genau definiert, wann ein Staat nicht zur Phase zwei zugelassen wird. Es sagt, dies sei der Fall, wenn während der Phase eins «zu viele Anforderungen nicht erfüllt» werden. Eine konkrete Zahl fehle aber. «Da sehen wir schon eine gewisse Bandbreite», sagt Meinzer. Darin sieht er eine grundsätzliche Schwäche im Prozedere, die den mächtigeren Staaten der Welt entgeht.

Obschon das zunächst zugesichert worden war, war das Global Forum der OECD bis Redaktionsschluss nicht in der Lage, zur Kritik Stellung zu nehmen. In einem Artikel der renommierten Fachzeitschrift «International Tax Review» hatte OECD-Direktor Pascal Saint-Amans zur gleichen Thematik allerdings nicht viel zu sagen: «Die Liste der Staaten und der Stand ihrer Überprüfung ist auf unserer Website. Viel transparenter kann man nicht sein.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Im-Kampf-gegen-die-Ste...>

USA bleiben eine Oase für Geldwäscher

Während die USA der Schweiz seit Jahren vorwerfen, die Identitäten von US-Bankkunden zu verschleiern, die der Hinterziehung verdächtig sind, operieren US-Banken mit ausländischen Geldern aus krimineller Herkunft unbehelligt. Dies geht aus einem Bericht der internationalen Vereinigung Tax Justice Network mit Sitz in Brüssel hervor. «US-Geldwäschereigesetze erlauben US-Finanzinstituten, Einnahmen aus einer Vielzahl von Verbrechen entgegenzunehmen, solange die Verbrechen im Ausland begangen wurden.» So steht es im Länderbericht zu den USA, der im Oktober 2011 publiziert wurde. Geändert hat sich seither nichts.

Die US-Liste der Verfehlungen ist lang. Die wichtigsten sind:

- **Anonym:** Keine öffentlichen Angaben über Stiftungen, wie sie etwa die Schweiz im Handelsregister publiziert. Die Eigentümerdaten sind auch Regierungsstellen nicht zugänglich.
- **Lasch:** Keine Sorgfaltspflichten wie die Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten, wie es Schweizer Banken durchführen müssen.
- **Geheim:** Der US-Finanzplatz bietet ein umfassendes Bankgeheimnis für nicht in den USA beheimatete juristische Personen und Private.
- **Befreit:** Die USA bieten viele Formen von Steuerbefreiung, gekoppelt mit dem Bank- und Registergeheimnis für Firmen, Personen, Stiftungen, die Ausländern gehören. Zinsen auf Bankguthaben und Couponzahlungen auf Staats- und Unternehmensanleihen müssen nicht versteuert werden.
- **Unkooperativ:** Die USA verlangen keine Deklaration der lokal erworbenen Einkünfte von ausländischen Personen. Dies beschneidet etwa das Recht ausländischer Behörden auf Information von Steuerdaten bei der Amtshilfe.

3. 7 Steueroasen

Das Tax Justice Network schliesst daraus: «Diese Faktoren, die den USA halfen, dreckiges Geld anzuziehen, sind das Resultat einer bewussten Rechtssetzung. Sie ist auf Geheimhaltung ausgelegt. Das System verursachten Steuerzahlern im Ausland einen unschätzbar hohen Schaden, sofern Eliten dieser Länder die juristischen Schlupflöcher der USA nutzten.» Das verwaltete Vermögen ausländischer Kunden über anonyme Firmen und Stiftungen wird einer Schätzung des Jahres 2008 zufolge auf 5000 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Profiteure sind al-Qaida & Co.

Laut der US-Denkfabrik Global Financial Integrity ist darunter ein illustrierter Kundenkreis zu verstehen. «Unlängst publizierte Beispiele zeigen: das Zeta-Drogenkartell in Mexiko, al-Qaida, Wilderer in Afrika, der Waffenschmuggler Viktor Bout und der Sohn des Diktators von Äquatorial-Guinea», sagte Direktor Raymond Baker an einem Hearing des US-Schatzamts im Juli.

Zwar haben US-Senatoren versucht, strengere Regeln im Parlament durchzubringen. Einigen gelang es, so im Juni 2011 Chuck Grassley und Carl Levin. Ihr Transparenzgesetz hätte dazu geführt, dass wirtschaftlich Berechtigte hätten festgestellt werden müssen. Der Erlass ist aber nicht in Kraft. Und selbst wenn er in Kraft gesetzt würde, wäre seine Wirkung begrenzt: Die wahren ausländischen Inhaber würden bei Firmengründungen nach wie vor nicht genannt. «Die Strafbehörden müssten durch potenziell komplizierte Gerichtsverfahren die Offenlegung erzwingen, mit einer finanzkräftigen Gegenseite, die sich tatkräftig dagegen wehren würde», so das Tax Justice Network.

Der internationalen Prangerwirkung in dieser Frage versuchen sich die USA zu entziehen. Die Schwesterorganisation der OECD, das Global Forum, dem rund 90 Länder angehören und das graue und schwarze Listen publiziert, verfasste für die USA einen unkritischen Länderbericht: «Das Global Forum hat bei den USA ganz direkt weggesehen, was die anonymen Anlagemöglichkeiten im US-Finanzsystem angeht», kritisiert Tax-Justice-Network-Analyst Markus Meinzer. Experten vermuten, dass die Amerikaner zuvor Druck ausübten.

«Die USA erfüllen einige Kernstandards nicht»

Der wohl unvorteilhafte vierte Länderbericht der Pariser Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und **Geldwäscherei** (Gafi-Ftaf), ein Gremium von 34 Mitgliedsländern, sollte im kleinen Kreis diskutiert werden. Dies konnte verhindert werden. Die Schweiz habe, so ein Insider, unterstützt von Italien, im Oktober 2012 an der Gafi-Plenarversammlung darauf bestanden, dass der US-Follow-up-Report im Plenum behandelt werde. So sei die Gefahr kleiner, dass kritische Stellen im Bericht weichgespült würden. Der Bericht ist noch nicht verabschiedet, wie eine Gafi-Sprecherin bestätigte.

Frappierend ist, wie lange es die USA schafften, Gafi-Ftaf trotz dem erklärten Ziel der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung hinzuhalten. Im letzten US-Länderbericht von 2006 wurde das Land aufgefordert, der Geldwäsche effektiv den Kampf anzusagen. Der Befund war klar: «Die USA erfüllen einige Kernstandards von Gafi nicht, was die Pflicht zur Identifizierung der Bankkunden und wahren Inhaber angeht.» Aber erst im Februar 2012 legte die US-Regierung einen ersten Entwurf zur Verschärfung vor. Auch dieser genüge den Anforderungen nur teilweise, so ein Kenner der Materie.

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/USA-bl...>

3. 7 Steueroasen

Isle of Man: Das Bankgeheimnis wackelt

Die kleine Insel in der Irischen See ist ein Paradies – ein Steuerparadies. Doch das soll sich nun ändern. Briten können ihr Geld künftig nicht mehr auf der Insel verstecken. Der Druck der USA hat gewirkt.

Die Isle of Man ist klein. Sie umfasst nur etwa 600 Quadratkilometer. Trotzdem spielt sie unter den Grossen mit. Keine Kapitalsteuer, keine Erbschaftssteuer, nur 20 Prozent Einkommenssteuer, ein dichtes Bankgeheimnis: Die Isle of Man gehört mit den Bahamas oder den Cayman Inseln zu den wichtigsten Steueroasen der Welt.

Doch nun hat Grossbritannien mit der Insel ein Steuerabkommen unterzeichnet. Damit wird der automatische Informationsaustausch möglich. Britische Steuerzahler haben während drei Jahren Zeit, ihre Guthaben auf der Insel offenzulegen und Nachsteuern sowie eine geringe Strafe zu bezahlen. Später drohen hohe Geldstrafen.

Die USA haben gedrängt

Hinter dem Abkommen stehen die USA. Sie verlangen von den britischen Steueroasen, sich an das Fatca-Abkommen zu halten. So sollen ihre eigenen Bürger im Ausland wirksamer besteuert werden.

Da die Insel ihre Kontakte über London abwickelt, hätte das die kuriose Folge: Die britische Regierung würde kostbare Informationen weiterleiten, ohne sie zu kennen. Für den britischen Fiskus bietet das die willkommene Gelegenheit, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Genau wie mit ihren Vereinbarungen mit Liechtenstein und der Schweiz.

Folgen für London

Es scheint derzeit unwahrscheinlich, dass sich die Kanalinseln Insel Jersey und Guernsey lange widersetzen können. Auch sie gelten bisher als attraktive Steueroasen.

Sollte die Offenlegung der Kontoinhaber tatsächlich stattfinden, hätte das Konsequenzen für den Finanzplatz London. Dessen Zugriff auf eigene Steuerparadiese machte bisher einen Teil seiner Attraktion aus. <http://www.srf.ch/news/wirtschaft/isle-of-man-das-bankgeheimnis-wackelt>

Delaware kämpft um seinen Ruf

Im amerikanischen Gliedstaat Delaware lässt sich über Nacht eine Firma gründen. Strafverfolger kritisieren, dass man oft nicht wisse, wer dahinterstecke. Delaware ist zwar zu Retuschen bereit, lässt sich seinen Standortvorteil aber nicht kaputtmachen.

<http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/delaware-kae...>

Riesiges Netzwerk von Steuerhinterziehern enttarnt

Es geht um Oligarchen, Waffenhändler und Finanzjongleure: Journalisten haben brisante Dokumente über Finanzdeals in Steueroasen zugespielt bekommen. Insgesamt sollen rund 130'000 Personen aufgelistet sein.

3. 7 Steueroasen

Eine anonyme Quelle hat internationalen Medien nach Angaben der [«Süddeutschen Zeitung» \(«SZ»\)](#) und des Norddeutschen Rundfunks (NDR) einen riesigen Datensatz über geheime Geschäfte in Steueroasen zugänglich gemacht.

Wie «SZ» und NDR berichteten, finden sich in den Unterlagen auch Hunderte deutsche Fälle. Bislang vertrauliche Dateien belegten, auf welchen geheimen Wegen Reiche und Kriminelle Briefkastenfirmen und sogenannten Trusts nutzten, um grosse Vermögen zu verstecken und zweifelhafte Geschäfte zu verschleiern, schrieb die Zeitung. Von heute an präsentierten Medien aus insgesamt 46 Ländern erste Ergebnisse der Daten-Analysen.

Die Datenmenge aus insgesamt zehn Steueroasen umfasse 260 Gigabyte, es handele sich um 2,5 Millionen Dokumente. 130'000 Personen aus mehr als 170 Ländern würden in den Unterlagen aufgelistet. Die Dokumente stammten von zwei Firmen, die auf die Errichtung sogenannter Offshore-Gesellschaften spezialisiert sind. Sie gehörten zu den grössten Anbietern weltweit. In den Unterlagen fänden sich die Namen von Oligarchen, Waffenhändlern und Finanzjongleuren.

Die Daten seien im vergangenen Jahr dem Internationalen Konsortium für investigative Journalisten (ICIJ) in Washington übergeben worden. Die «Süddeutsche Zeitung» habe die Informationen unabhängig verifiziert und monatelang ausgewertet, schrieb das Blatt. <http://www.handelszeitung.ch/konjunktur/riesiges-netzwerk-von-steuerhint...>

que viva la menstruación! es heisst la revolución! egal, hauptsache blut.
«Wahre Steueroasen sind in Grossbritannien»

Die wegen ihres Bankgeheimnisses in die Klemme geratenen Österreicher zeigen sich angriffslustig. Sie werfen den Briten vor, Geldwäsche zu betreiben.

In der Diskussion über eine Lockerung des Bankgeheimnisses attackiert Österreichs Finanzministerin Maria Fekter nun Grossbritannien. Dort seien die wahren Steueroasen in der EU anzutreffen, sagte sie in Interviews der Tageszeitungen «Kurier» und «Presse» vom Donnerstag.

«Wir wollen, dass die Möglichkeiten in Grossbritannien, ein Geldwäsche-paradies und ein Steuerparadies zu sein, angegangen werden», sagte sie. Wie Zypern müsse auch das Vereinigte Königreich anonyme Stiftungen (Trusts) abschaffen.

«Wir fordern ein Stiftungs-Register für die Kanalinseln, aber auch für Länder, wo britisches Recht gilt, etwa Caymann-Inlands, Virgin Islands oder Gibraltar. Das sind alles Bereiche, die derzeit Paradiese für Steuerflüchtlinge sind», sagte die ÖVP-Ministerin. «Nicht wir sind das Problem, sondern in dem Zusammenhang ist Grossbritannien die Insel der Seligen für Steuerhinterziehung und Geldwäsche.»

Luxemburg als Vorbild?

Österreich verwehrt sich derzeit als einziges Land in der EU dem automatischen Austausch von Kontodaten ausländischer Anleger. Der letzte Verbündete in dieser Streitfrage - Luxemburg - hatte am Mittwoch eine Teilnahme an dem europäischen System ab 2015 in Aussicht gestellt.

3. 7 Steueroasen

Experten gehen davon aus, dass Österreich nachziehen muss. Während die SPÖ zu Verhandlungen bereit ist, will der Koalitionspartner ÖVP keinem automatischen Kontodaten austausch zustimmen und das Bankgeheimnis zumindest für Österreicher erhalten. <http://www.20min.ch/finance/news/story/-Wahre-Steueroasen-sind-in-Grossb...>

Die beliebte Steueroase Deutschland

Schwarzgeld

Die deutsche Regierung kritisiert seit Jahren Steueroasen im Ausland. Doch bei genauer Betrachtung ist Deutschland für Ausländer sogar selbst ein Hort für unbesteuerte Gelder.

Claude Baumann ist Redaktor der «Handelszeitung». Als Schweizer war er vergangenes Jahr in Deutschland unterwegs, um deutsche Banken zu testen. Das war die konstruierte Ausgangslage: Als Unternehmer hat er Einnahmen in Deutschland. Davon soll das Schweizer Finanzamt nichts wissen. Deshalb will er das Geld auf einem deutschen Konto verstecken. Und nicht nur das: «Ich habe auch noch einen Fonds in der Karibik, nämlich auf den Bermudas. Und dieses Geld möchte ich auch zurück nach Europa bringen, aber nicht in die Schweiz, weil ich auch dafür dann Steuern bezahlen müsste.»

Steuerhinterziehung - und Schwarzgeld aus den Bermudas. Wie reagiert darauf wohl die Deutsche Bank? Baumann wurde bei seinem Test gesagt, man interessiere sich überhaupt nicht dafür, ob er seine Erträge versteuere oder nicht; ausserdem habe man ihm versichert, dass die Schweizer Behörden keinerlei Informationen von der deutschen Bank erhalten würden.

Auch die staatliche BW Bank in der Kritik

Aus der Commerzbank berichtet er, dass Schweizer Steuerflüchtlinge hier offenbar häufig sind: «Man hat mir hier gesagt, dass neunzig Prozent der Neukunden aus der Schweiz stammen. Und als Spezialservice hat man mir angeboten, für eine Gebühr von 250 Euro im Jahr die Post zurückzubehalten, damit niemand in der Schweiz erfährt, dass ich in Deutschland ein Konto habe», erzählte Baumann nun einem Team des Fernsehsenders ARD, welches ausführlich über seinen Test für die «Handelszeitung» berichtete.

Der Schweizer «Steuerhinterzieher» berichtet selbst von der staatlichen BW Bank Erstaunliches - sie gehört dem Land Baden-Württemberg: «Man hatte absolut Verständnis dafür, dass ich keine Steuern zahlen will. Als Steuerausländer muss ich ja auch keine Steuern zahlen in Deutschland, aber man hat nicht einmal eine Wohnsitzbestätigung verlangt.»

Auskunftsmöglichkeit von Steinbrück eingeschränkt

Acht Banken besuchte Baumann besucht, und überall fand er offene Türen. Professor Lorenz Jarass von der Hochschule Rhein Main, seit Jahren für den Bundestag als Steuerexperte tätig, ist davon nicht überrascht: «Deutschland ist für ausserhalb der EU-Ansässige eine ganz ähnliche Steueroase mit Verschleierung und Intransparenz wie es die Schweiz derzeit noch für deutsche Staatsbürger ist, die in Deutschland Geld anlegen.»

Wer nicht in Deutschland lebt, kann Zinsen bei uns steuerfrei kassieren. Und für Nicht-EU-Bürger ist sogar das Bankgeheimnis ähnlich strikt, wie jenes in der Schweiz. Professor Jarass: «Nur wenn das Heimatland massive Verdachtsmomente gegen einen bestimmten Steuerzahler hat, dann kann es in Deutschland eine Anfrage stellen und im Regelfall muss aber dann dieses Heimatland auch die Bank kennen und weitere Umstände des Steuerpflichtigen.»

3. 7 Steueroasen

Auch bei der Geldwäsche ist Deutschland vorn

Deutschland jagt seine Steuersünder - ist für Ausländer aber selbst Oase. Die Auskunftsmöglichkeit für ausländische Steuerbehörden wurde ausgerechnet unter Peer Steinbrück 2009 noch eingeschränkt. Mit der Einführung der deutschen Abgeltungssteuer. Baumanns Fazit: «Das Interessante war, dass die Banken gar nicht auf meinen Fall eingegangen sind, sondern eher stereotyp erklärt haben, sie hätten Mindeststandards, sie würden die geltenden Regeln und Richtlinien der Geldwäscherei einhalten.»

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit sieht in seiner Liste der Steueroasen Deutschland seit Jahren auf Platz neun - noch vor etablierten Oasen wie den Bermudas. Und das nicht nur wegen Bankgeheimnis und Intransparenz. Markus Meinzer vom 'Netzwerk Steuergerechtigkeit': «Auch im Geldwäschebereich hat Deutschland noch ordentlich Nachholbedarf. Und hier sehen wir, dass Deutschland einfach einen gigantisch grossen Finanzplatz hat und gemessen daran nicht genug tut, um Vorkehrungen zu treffen, dass schmutzige Gelder hier nicht angelegt und gewaschen werden.» Die EU hat Deutschland mehrfach wegen mangelnder Umsetzung der Geldwäscherichtlinie gerügt.

<http://www.handelszeitung.ch/unternehmen/die-beliebte-steueroase-deutsch...>

Kommentare

Putin für Abschaffung von Steuerparadiesen

Mit Nachdruck hat Kremlchef Wladimir Putin vor dem G8-Gipfel in Nordirland die Abschaffung von Steuerparadiesen gefordert. Zudem grassiere in diversen europäischen Staaten ein «Schmarotzertum».

"Es ist kein Geheimnis, dass eben in Offshores sich beträchtliche Summen spekulativen und kriminellen Kapitals ansammeln", sagte Putin in einem am Donnerstagabend veröffentlichten Interview der Staatsagentur Ria Nowosti. Zudem verringere der Kapitalabfluss in Offshore-Oasen die Steuereinnahmen, wodurch der Verlust der Steuerhoheit drohe.

"Die Abschaffung der Offshores ist eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung struktureller Ungleichgewichte der Weltwirtschaft", sagte der russische Präsident. Er hatte auch mit Blick auf heimische Geschäftsleute, die ihre Einnahmen in Ländern mit niedrigen Steuern investierten, wiederholt eine "De-Offshorisierung" gefordert.

"Die Bekämpfung der Steuerflucht ist ein sehr kompliziertes und kraftraubendes Problem", sagte Putin. Er schlug bilaterale Abkommen vor, mit denen Steuerparadiесе verpflichtet würden, Daten auszutauschen.

Europa ist selbst schuld

Putin warf einigen europäischen Ländern vor, mit Misswirtschaft selbstverschuldet in die Krise geraten zu sein. "Nicht die Sozialpolitik, sondern ein Leben über die Verhältnisse, der Verlust der Kontrolle über die Wirtschaft sowie Strukturmängel führen zu den Folgen, mit denen sich Europa heute konfrontiert sieht." In mehreren Staaten gedeihe das "Schmarotzertum" - dort sei es günstiger, nicht zu arbeiten. "Das gefährdet nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Moralprinzipien der Gesellschaft."

3. 7 Steueroasen

Russland hingegen arbeite an einem sozialen Gleichgewicht, behauptete Putin.

Experten meinen, der Kremlchef könne seine teuren Sozialversprechen für Rentner und Beamte nur mit Hilfe der hohen Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf stemmen.

http://www.cash.ch/news/top_news/putin_fuer_abschaffung_von_steuerverparadi...

US-Steueroasen entgehen der Kontrolle

Die US-Regierung rennt im Kampf gegen Steuerflüchtige im eigenen Land gegen die Wand. Obamas Versprechen für mehr Transparenz bleibt Makulatur.

Zum vierten Mal bereits seit 2008 versuchen reformwillige Abgeordnete in diesem Jahr, Steueroasen wie Delaware besser zu regulieren und damit das Land insgesamt weniger anfällig für Geldwäscherei zu machen. Obwohl **Barack Obama** als Senator exakt eine solche Gesetzesänderung vorangetrieben hatte, liess er sie als Präsident liegen. Führende Senatoren und Geldwäschereiexperten sind zunehmend frustriert. «Ich habe es satt, dass unsere Regierung andere Länder zu schärferen Vorschriften gegen die Steuerflucht bewegen will, aber im eigenen Land nichts unternimmt», sagt John Cassara, ein früherer CIA-Agent, der in den Bereichen Geldwäscherei und Terroristenfinanzierung tätig war.

Die bisherigen Versuche, ein Gesetz zur Offenlegung der Besitzer von Briefkastenfirmen in Delaware und anderen Steueroasen durch den Kongress zu bringen, sind nicht weit gediehen. Alle drei Anläufe blieben schon in den Kommissionen hängen, obwohl die Justiz seit 2010 Dutzende von schweren internationalen Betrugs-, Geldwäscherei- und Steuerfluchtfällen aufgedeckt hatte. Diese Geschäfte wurden unter dem Mantel von Schein- und Tarnfirmen in Delaware, Texas, Florida, Wyoming und Nevada betrieben. «Unsere Steueroasen werden von ausländischen Kleptokraten systematisch missbraucht», bestätigt John Cassara im Gespräch mit dem «Tages-Anzeiger». Doch wenn ausländische Regierungen Amtshilfe fordern, beißen sie meist auf Granit.

«Ich habe in meiner Karriere viele Gesuche aus dem Ausland gesehen, um dieser Kriminellen habhaft zu werden», sagt Cassara. «Wenn die Geldspuren zu Strohfirmer in Delaware und ähnlichen Staaten führten, konnten wir wenig bis nichts unternehmen. Das ist höchst unbefriedigend und besorgniserregend.» Cassara war 26 Jahre für das Finanzministerium und die CIA als Agent tätig, um gegen Geldwäschereibanden und Terroristen-Financiers zu ermitteln, mehrere Jahre davon in Rom.

Ein Land der Tarnfirmen

Senator Carl Levin, ein hartnäckiger Kämpfer gegen internationale Finanzverbrechen und Steuerflucht, teilt diese Kritik: **ok: «Die Tatsache, dass wir in unserem Hinterhof klandestine Firmen in einem so grossen Ausmass zulassen, widerspricht den amerikanischen Anstrengungen, die Geheimniskrämerei im Ausland abzustellen.»**

Der Senator hat nach dem Auffliegen des UBS-Skandals das Zustandekommen des Fatca-Vertrags vorangetrieben. «Briefkastenfirmen stehen zu Recht in einem schiefen Licht, weil sie allzu leicht für kriminelle Aktivitäten missbraucht werden können. Deshalb ist es Zeit, die gleiche Transparenz (im eigenen Land) zu erreichen, die wir vom Ausland fordern», sagt er.

3. 7 Steueroasen

Delaware ist nicht die einzige, aber eine zentrale Drehscheibe für Steuerflüchtige in den USA. Die Weltbank kam bei 817 untersuchten globalen Korruptionsfällen zum Schluss, dass in aller Regel Briefkastenfirmen eingerichtet wurden, um den Geldfluss zu vertuschen. Ein Achtel dieser Tarnfirmen war in den USA eingetragen; und dabei stand Delaware an der Spitze.

Der Staat führt derzeit rund 950'000 anonyme Firmen im Handelsregister, 50-mal so viele wie beispielsweise in der Steueroase der Cayman-Inseln. «Sei es aus Kurzsichtigkeit oder aus Heuchelei, aber wir übersehen allzu leicht die Verbrechen, die in unserem Land durch die allzu lockeren Gesetze in Bundesstaaten wie Delaware ermöglicht werden», so Cassara.

Das Licht scheut indessen auch die Finanzindustrie. So haben die Bankiersvereinigungen von Texas und Florida die Regierung Obama mit einer Klage eingedeckt und verlangt, das im Rahmen des Fatca-Abkommens vereinbarte Gegenrecht beim Informationsaustausch über Bankkundendaten rückgängig zu machen.

Diese Reziprozität war eines der Argumente, mit dem die USA bislang sieben Länder – auch die Schweiz – zur Unterschrift unter das Fatca-Abkommen bewegen konnten. Wie Delaware gelten auch die Finanzplätze Florida und Texas als Zufluchtsorte für Schwarzgeld, in diesen Fällen vorwiegend von vermögenden Familien aus Latein- und Südamerika.

Ein wichtiger Verbündeter

Noch als Senator wollte Obama diese Mängel und Lücken – zusammen mit Carl Levin – beheben und schlug vor sechs Jahren ein Gesetz vor, das erstmals etwas Licht hinter diese Tarnfirmen bringen sollte. Er forderte ein nationales Unternehmensregister, in dem die wahren Nutzniesser dieser Firmen ihre Identität offenlegen und den Justizbehörden zugänglich machen müssten. Es war dies nur ein Anfang. Doch immerhin würde das Gesetz die USA auf einen internationalen Transparenzstandard heben. Seit dem Sommer hat es neue Dringlichkeit erlangt, verpflichtete sich doch Präsident Obama am G-8-Gipfel dazu, die entsprechenden Forderungen der EU zu erfüllen. Doch deutet nichts darauf hin, dass das Versprechen eingehalten wird. Der Kongress ist völlig blockiert.

Ein verschärftes Vorgehen gegen einzelne Bundesstaaten wird das republikanische Abgeordnetenhaus nicht zulassen, vor allem nicht unter dem Diktat der dezidiert föderalistischen Tea-Party-Fraktion. Sie dürfte nur auf den bereits angekündigten Rücktritt von Levin im kommenden Jahr warten, um dessen Gesetz definitiv zu beerdigen, heisst es in Washington. «Umso wichtiger wäre es deshalb», sagt Cassara, «dass der Präsident nun direkt interveniert und seinen Einfluss geltend macht.» Grosse Hoffnungen hat der frühere Sonderagent aber nicht. «Es hilft der Sache nicht gerade, dass Vizepräsident Joe Biden aus Delaware kommt. Taten sprechen eben auch hier lauter denn Worte.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/geld/USSteueroasen-entgehen-der-K...>

Neue Steueroasen: Wohin Reiche ihr Geld verlagern

Abkommen zur Bekämpfung der Steuerflucht verfehlen ihr Ziel. Die Reichen holen ihr Geld nicht zurück in die Heimat, sondern verschieben ihr Geld in Länder mit lascheren Regeln.

Gemäss den Berechnungen der Forscher waren Jersey, Luxemburg und die Schweiz die Verlierer dieser Entwicklung.

3. 7 Steueroasen

Die Banken der Kanalinsel Jersey büssten zwischen 2007 und 2011 demnach 4,2 Prozent Marktanteil im Geschäft mit ausländischen Vermögen ein, Luxemburg 1,7 und die Schweiz 1,1 Prozent. **Die Gewinner waren die Finanzplätze Hongkong, Cayman Islands und Singapur, die in der gleichen Periode zwischen 1,8 und 2,3 Prozent Marktanteile hinzugewannen (siehe Grafik).**

<http://www.handelszeitung.ch/konjunktur/neue-steueroasen-wohin-reiche-ih...>

Die Bahamas sind das beliebteste Steuerparadies. Die Schweiz schafft es dank der Stabilität im Land auf Platz 10.

Reiche Ausländer können ihr Geld zwar nicht mehr auf Schweizer Banken vor dem eigenen Fiskus verstecken, trotzdem bleibt die Schweiz als Steuerparadies attraktiv.

Das zeigt ein vom Finanzportal Finews publiziertes Ranking von Bradley Hackford. Der Relocator berät und hilft beim Umzug in Steueroasen. Gemäss Bradley Hackford belegt die Schweiz Platz zehn der besten Steuerparadiese (*siehe Tabelle unten*).

Zwar gelten als Steuerparadies nur noch jene Kantone, die eine Pauschalbesteuerung anbieten, dafür trumpfte die Schweiz mit Stabilität, Lebensqualität und – hervorragenden Banken.

Bahamas verlangen keine Einkommenssteuer

Auf Platz eins der beliebtesten Steueroasen liegen die Bahamas. Der Inselstaat erhebt keine Einkommenssteuer. Und wie in der Schweiz sind der Lebensstandard und die politische Stabilität hoch. Ein weiteres Plus: die Nähe zu den USA.

Auf den Plätzen zwei und drei folgen die beiden Kleinstaaten Andorra und Monaco. (cst)

Die zehn besten Steuerparadiese

- 1 Bahamas
- 2 Andorra
- 3 Monaco
- 4 Bulgarien
- 5 Panama
- 6 Mauritius
- 7 Dubai
- 8 Guernsey
- 9 Cayman Islands
- 10 Schweiz

<http://www.blick.ch/news/wirtschaft/steuerparadiese-schweiz-nur-auf-plat...>

Delaware & Florida

In der Schweiz stört man sich daran, dass die USA zwar hart gegen ausländische Banken vorgehen und selber aber Steuerparadiese wie Delaware oder Florida zulassen. Es gibt verschiedene Vorschläge, um gewisse Konstrukte, die in Delaware und Florida existieren, aufzuheben.

3. 7 Steueroasen

Die Obama-Regierung hat sich gegen solche Praktiken ausgesprochen. Aber wir haben eine Demokratie und sind, wie die Schweiz föderalistisch organisiert. Die Bundesregierung muss sich also innerhalb eines gewissen Rahmens bewegen und kann nicht alles diktieren.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/65-Banker-kamen-in-mein-Woh...>

Panama gibt nach: Steueroase geknackt

Offshore

Panama will sich öffnen und dem automatischen Informationsaustausch anschliessen. Derweil intensivieren fünf führende europäische Länder den Kampf gegen Briefkastenkonstrukte.

<http://www.handelszeitung.ch/politik/panama-gibt-nach-steueroase-geknack...>